

# Managerlöhne: Wieviel darf's denn sein?



Von **Claude Baumann**  
Wirtschaftsredaktor «Weltwoche»

Oswald J. Grübel dürfte im letzten Jahr mindestens 30 Mio. Franken verdient haben. Präzis lässt sich das nicht sagen, da der demnächst pensionierte Konzernchef der Credit Suisse sein Salär von Gesetzes wegen nicht offenlegen muss. Im Vergleich zum Lohnniveau in der globalen Finanzindustrie, vor allem aber gemessen an seiner Leistung in den letzten vier Jahren, war «Osi» Grübel seine Millionen durchaus wert.

Wir erinnern uns: 2002 war der zweitgrössten Bank der Schweiz genau das abhanden gekommen, was in ihrem Namen steht: Kredit. Die teure und erfolglose Allfinanz- und Expansionsstrategie hatte enorme Löcher in die Substanz des Unternehmens gerissen. Bei zahlreichen Kunden und Anlegern war viel Vertrauen verspielt worden. Die Milliardenverluste zwangen den damaligen Konzernchef Lukas Mühle- mann zum Rücktritt. An seiner Stelle übernahm Oswald Grübel die Führung – zunächst noch im Verbund mit dem Amerikaner John Mack, später alleine.

## Populistische Forderungen

Seither hat der CS-Konzern einen weiten Weg zurückgelegt. Der Deutsche Oswald Grübel richtete die Bank von neuem auf ihr Kerngeschäft aus und stellte das Vertrauen in das Unternehmen wieder her. Aus Investorensicht gelang ihm das sehr gut, denn seit 2003 hat sich der Kurs der Credit-Suisse-Aktie mehr als vervierfacht.

Im letzten Jahr erzielte die CS das beste Ergebnis ihrer Geschichte; sie steht wieder stabil da und mischt in der Finanzwelt an vorderster Front mit. Oswald Grübel ist es überdies gelungen, den 45'000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermutigende Perspektiven zu eröffnen. Trotz dieser Meisterleistung irritiert es viele Leute in der Schweiz, dass ein Manager 30 Mio. Franken oder mehr verdient. Wieso eigentlich?

Zwar heisst es in unserer Gesellschaft, Leistung müsse honoriert werden, doch offensichtlich gilt das bei der Entlohnung von Topmanagern nur bedingt. Die Saläre der CEOs von Weltkonzernen – egal, ob der Firmenlenker Erfolg hat oder nicht – stehen in weiten Kreisen der Bevölkerung in der Kritik. Wieviel Neid dabei mitschwingt, ist schwer zu sagen. Eine Tatsache ist dagegen, dass populistische Forderungen nach «Lohntransparenz» oder «Anti-Abzocker-Initiativen» in der Öffentlichkeit gut ankommen.

## Mit kirchlichem Segen

Selbst die Kirche fühlt sich mittlerweile bemüsst, ihren Segen zu diesem Thema zu geben. Sie empfiehlt eine Begrenzung der Managersaläre auf 1,6 Mio. Franken. Zu diesem Schluss kam das Institut für Theologie und Ethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes. In einer Studie definieren die Autoren als vertretbares Lohnverhältnis zwischen CEO und einfachem Mitarbeiter eine Relation von 1 zu 40, was bei einem jährlichen Minimallohn von 40'000 Franken eine maximale Entschädigung von 1,6 Millionen macht.

Mit diesem Vorstoss argumentiert die Kirche allerdings etwas realitätsfern, zumal in der längst globalisierten Finanzbranche manche Banker an der Wall Street oder in der Londoner City in guten Jahren 50 Mio. Dollar oder sogar noch mehr verdienen. Weshalb sollten sich also die Chefs der Schwei-

zer Grossbanken, die immerhin zu den erfolgreichsten auf der Welt zählen, mit 1,6 Millionen Franken abfinden?

Übers Ziel hinaus schiessen auch andere Forderungen, wie etwa die individuelle Offenlegung der Toplöhne und die jährliche Wiederwahl der Verwaltungsräte oder dass künftig die Aktionäre die Löhne der obersten Führungskräfte bestimmen. Unter solchen Bedingungen würden die Generalversammlungen vollends zum politischen und medialen Happening verkommen. Und kann in einer Zeitspanne von nur zwölf Monaten die Leistung von Verwaltungsräten seriös beurteilt werden? Droht nicht eher die Gefahr, dass sich manche Verwaltungsräte zu kurzfristigen Massnahmen verleiten lassen würden, bloss um sich ihre Wiederwahl zu sichern?

## Öffentliche Neugier

Die Lohnkompetenz muss auch künftig beim Verwaltungsrat liegen, der von den Aktionären gewählt wird. Eine jährliche Bestätigung des Aufsichtsgremiums bringt dabei auch nicht viel mehr, zumal die Aktionäre aufgrund der bereits bestehenden Vorschriften einen inkompetenten Verwaltungsrat abwählen können. Auch eine weitere reichende Offenlegung der Managergehälter ist nicht zwingend. Die aktuelle Regelung erlaubt es den Eigentümern schon, darüber zu urteilen, ob die Firmenleitung gesamthaft angemessen bezahlt wird oder nicht. Und eine individuelle Publikation der Topgehälter würde lediglich die öffentliche Neugier befriedigen.

Eine nachvollziehbare und damit auch nicht überbordende Gehalts- und Firmenpolitik sollte jedoch im Interesse aller Unternehmen liegen. Denn sonst gerät die Wirtschaft tatsächlich unter Druck populistischer und realitätsferner Forderungen, die darauf hinauslaufen, dass dereinst der Gesetzgeber vorschreibt, wieviel ein Manager verdienen darf. ●